

Der unterzeichnende Bezirksrat der FPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

## **Anfrage**

Betreffend Weitergabe von Daten Penzinger Bürger

1. Daten welcher Kategorie von Penzinger Bürgern wurden in den letzten 3 Jahren an öffentliche und private Universitäten, öffentliche und private Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen seitens der Stadt Wien weitergegeben?
2. Zu welchem Zweck erfolgten die Weitergaben?
3. Wer ist berechtigt, Datensätze der Stadt Wien entgeltlich oder unentgeltlich zu erhalten?
4. Wieviele Penzinger Bürger waren in den letzten 3 Jahren von einer Datenweitergabe betroffen? (Angabe pro Jahr)
5. Wieviele davon waren in den Altersklassen 0-3, 4-6, 7-14, 15-21, über 21 Jahre? (Angabe pro Jahr)
6. Wurden die Bürger über die Weitergabe Ihrer Daten informiert?
7. Wurden Eltern über die Weitergabe der Daten ihrer minderjährigen Kinder informiert?
8. Wurden zumindest Eltern von Neugeborenen bzw Kleinkindern ( Altersklasse 0-3) von der Weitergabe der Daten informiert?
9. Ad Frage 4-6 wenn nein, warum nicht?
10. Was waren die jeweiligen rechtlichen Grundlagen der Datenweitergabe?
11. Wurden die von öffentlichen und privaten Universitäten, öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen und Unternehmen angeforderten Daten auf deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überprüft oder wurden ungeprüft sämtliche angeforderten Daten übermittelt?  
Wenn ja wer hat diese Prüfung nach welchen Kriterien durchgeführt?  
Wenn nein warum nicht?
12. Welche Auflagen wurden den Anfragenden betreffend der Daten Penzinger Bürger erteilt?
13. Wer überprüft die Einhaltung dieser?
14. Welche Maßnahmen wurden getroffen, um einen Datenmissbrauch zu verhindern?
15. Wurde seitens der Stadt Wien einem Datenexport in nicht EU-Staaten zugestimmt, bzw. wurde dieser akzeptiert/toleriert?
16. Welche Konsequenzen würden bei Vorliegen einer missbräuchlichen Verwendung der weitergegebenen Datensätze seitens der Stadt Wien gezogen werden?
17. In welchem Zeitraum nach Bekanntwerden eines Datenmissbrauchs würde die Stadt Wien rechtliche Schritte einleiten?

## **Begründung**

Dem Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing wurde unter anderem ein Fall zugetragen bei dem seitens der Stadt Wien sämtliche Meldedaten eines neugeborenen Kindes an eine private Forschungseinrichtung weitergegeben wurden. Die betroffenen Eltern wurden vorab nicht über die Datenweitergabe ihres neugeborenen Kindes informiert. Des weiteren hätte zur Erreichung der Ziele und Zwecke der privaten Forschungseinrichtung weniger Daten vollkommen ausgereicht.

BR Harald Stark